

Parteivorstandes der SED auf Bildung der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, wurden zwischen Landesparteiorganisationen von SED und KPD sogenannte „Patenschaften“ geschaffen: Sachsen mit Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt mit Niedersachsen und Württemberg-Rheinpfalz, Thüringen mit Hessen und Württemberg-Hohenzollern, Mecklenburg mit Wasserkante und Bremen, Brandenburg mit Württemberg-Baden.⁵³ Ging es der SED damit noch darum, „eine der Voraussetzungen zu schaffen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland“⁵⁴, so wurden diese auch nach Bildung eines Parteivorstandes und eines formal existierenden Parteiverbandes im Ergebnis der Herner Konferenz der KPD vom 27.4.1948 sowie der Bestätigung der „Trennung des organisatorischen Verhältnisses zwischen SED und KPD“ durch die 1. Parteikonferenz der SED am 25.-28.1.1948⁵⁵ beibehalten. Sie wurden entsprechend den konkreten Bedingungen und des jeweiligen deutschlandpolitischen Kalküls verstärkt oder verringert, nach Gründung der beiden deutschen Staaten der Struktur der bundesdeutschen Länder und der DDR-Bezirke gemäß modifiziert, blieben auch maßgebend nach dem Verbot der KPD 1956, im übrigen vor allem danach auf den Bezugsbenen Gewerkschaften und SPD, aber stets mit der gleichen regionalen Ausrichtung. Die SED verfügte somit über ein in Jahrzehnten gewachsenes, mit hohem materiellen und personellen Aufwand betriebenes Netz systematischer Einflußmöglichkeiten, das sie zu keinem Zeitpunkt vernachlässigte und auf das sie jederzeit zurückgreifen konnte.⁵⁶

1. *Die Beziehungen von SED und DKP auf Bezirksebene*

Mit der Neukonstituierung der DKP 1968 wurden die Verbindungen wieder auf eine offizielle Grundlage gestellt, obwohl sie nach wie vor intern behandelt wurden. Seitdem und insbesondere nach der Statutenänderung durch den Hamburger Parteitag der DKP 1973, mit der die neben den Bezirksorganisationen noch bestehenden Landesorganisationen abgeschafft worden waren, existierten entsprechend den SED-Bezirksparteiorganisationen und den DKP-Bezirken diese Beziehungen: Rostock mit Hamburg, Neubrandenburg mit Schleswig-Holstein, Schwerin mit Bremen/Niedersachsen-Nordwest, Frankfurt/Oder und Erfurt mit Hessen, Potsdam mit Rheinland-Pfalz, Magdeburg mit Niedersachsen, Cottbus mit dem Saarland, Leipzig und Halle mit Ruhr-Westfalen,

53 Vgl. Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Sonderausgabe Band 3: EAP bis KSP. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1986, S. 1756.

54 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Band 1, Berlin 1948, S. 149.

55 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 25.-28. Januar 1949 im Hause der Deutschen Wirtschaftscommission zu Berlin. Berlin 1949, S. 549.

56 Vgl. Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Akademie-Verlag Berlin 1993, S. 10, 34, 96 ff, 122 ff, 165 f, 213 ff, 222 ff, 246/247, 282 f.

Dresden mit Baden-Württemberg, Karl-Marx-Stadt mit Rheinland-Westfalen, Gera mit Südbayern, Suhl mit Nordbayern. Berlin(Ost) war verantwortlich für die SEW-Organisation in Berlin(West).

2. Die Leitungsebenen

Analog der Westkommission beim Politbüro sowie der Westabteilung des ZK existierten auf Bezirksebene Kommissionen für Westarbeit der Bezirksleitungen, denen als Mitglieder die jeweiligen Sekretäre für Agitation und Propaganda sowie für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitungen, der Leiter der Ideologischen Kommission der Bezirksleitung (soweit diese noch bestand), die Sekretäre des Bezirksausschusses der Nationalen Front und des Bezirksvorstandes des FDGB, der 2. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung sowie ein für Westarbeit verantwortlicher politischer Mitarbeiter der Bezirksleitung angehörten. Die Kommissionen tagten in der Regel quartalsweise und behandelten mehr oder weniger grundsätzliche Fragen; eine besondere Bedeutung erlangten sie allerdings nicht. Viel wichtiger waren da schon die dem Sekretär für Agitation und Propaganda unterstehenden und den Abteilungen für Agitation und Propaganda angeschlossenen Sektoren für Westarbeit (in der Struktur gleichbleibend mit einem Leiter und zwei politischen Mitarbeitern), ab 1984 unter der irreführenden Bezeichnung „Parteibeziehungen“. Sie waren in Abstimmung und nach Weisung der entsprechenden ZK-Abteilung für die Planung, Koordinierung und operative Leitung der gesamten Westarbeit des Bezirkes zuständig. Ihnen zugeordnet waren die sogenannte „Wissenschaftliche Arbeitsgruppe“, die mit der Erarbeitung analytischen Materials für den entsprechenden Partnerbezirk befaßt war, die Arbeitsgruppe „Koordinierung“, in der die Verantwortlichen für Westarbeit von FDGB, FDJ, Nationaler Front, VdgB und Konsumgenossenschaft vertreten waren und in der es um Anleitungs-, Kontroll- und Abstimmungsfragen ging, sowie schließlich eine Arbeitsgruppe, die die sehr umfangreiche und aufwendig betriebene Kinderferiengestaltung zu organisieren hatte. Auch auf Kreisebene existierten zunächst Kommissionen für Westarbeit, ab 1965 ehrenamtliche Arbeitsgruppen für Westarbeit, in den jeweiligen Abteilungen für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitungen war ein politischer Mitarbeiter dafür zuständig.⁵⁷

Die aufgeschlüsselten Positionen der Finanzplanung der SED (in Tausend Mark) für die Jahre 1979,1980,1982 und 1983 (nur für diese waren sie

⁵⁷ Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Bezirksleitung der SED Rostock (im folgenden: VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/56 u. ff.); Vgl. auch Jochen Staadt, a.a.O., S. 142–144.